

# Vlotho geht wichtigen Schritt gegen Rechts

Grüne und GLV plädieren für Vernetzung gegen Collegium Humanum / 70 Gäste bei Veranstaltung mit Monika L



Engagiert: August-Wilhelm König, Monika Lazar, Ute Koczy und Arndt Klocke (v. l.) saßen und diskutierten auf dem Podium. Foto: Schwarze

Von Gisela Schwarze

**Vlotho (G.S.). „Heute Abend sind wir einen wichtigen Schritt gegen Rechts und gegen das Collegium Humanum weitergekommen“, freute sich am Dienstag August-Wilhelm König, Fraktionsvorsitzender der Grünen Liste Vlotho (GLV).**

Er moderierte die Veranstaltung „Bund, Land und Kommune gemeinsam gegen Rechtsextremismus“, zu der die GLV ins Burgrestaurant eingeladen hatte. Sich zwischen Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene im Bestreben gegen den Rechtsextremismus zu vernetzen, war die Intention der sehr gut besuchten Veranstaltung im Rittersaal der Gaststätte.

70 Besucher, unter ihnen auch Bürgermeister Bernd Stute, nahmen mit großer Aufmerksamkeit die Schilderungen der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) aus ihrer sächsischen Heimat über den Umgang mit Rechtsextremismus zur Kenntnis. Monika Lazar ist im Bundestag Sprecherin ihrer Partei für Strategien gegen Rechtsextremismus.

Dass auch die beiden Ordnungshüter von der Polizeiwache Vlotho, Hans-Jürgen Schwarze und Achim Möllmann, anwesend waren, vermit-

telte den Anwesenden ein Gefühl der Sicherheit. Die Gefahr von Störungen erschien durch die Beamten auf ein Minimum beschränkt. Jegliche Störungen unterblieben, so dass sich auch die Polizisten mit Interesse der Veranstaltung widmen konnten. Aus Sachsen berichtete die Referentin von einem breiten demokratischen Bündnis gegen den dortigen Rechtsextremismus. Ein Landesprogramm gegen Rechts sei in jedem Fall hilfreich.

## Bürgermeister kann Kampf erleichtern

In Bundesländern ohne ein solches Programm könne man Gegenmaßnahmen erheblich schwieriger ergreifen. „Erleichtert wird der Kampf gegen Rechts, wenn der Bürgermeister mit auf der Seite der aktiven Kämpfer steht“, war die Erfahrung der Bundestagsabgeordneten.

Wenn die politische Einstellung des Bürgermeisters hier ein Kriterium darstellt, dann hat Vlotho gute Karten im Kampf gegen seine rechtsextreme Zelle, das Collegium Humanum. Während der GLV-Veranstaltung bekannte sich Bürgermeister Bernd Stute klar zum örtlichen Bündnis gegen Rechts, dessen Ziel die Schließung des Collegium Humanum ist. Als Sprecher dieses parteiübergreifenden Bündnisses saß Gerhart

Vlotho, VT, 31.05.2007



Auch bei der Demonstration 2005 marschierte Stute (M.) vornweg. „Wenn der Bürgermeister auf Seiten der Aktiven steht, dann erleichtert das den Kampf gegen Rechts“, meinten die grünen Bundestagsabgeordneten.  
Archivfoto: Oliver Plöger

Schöll auf dem Podium. Die beiden Bundestagsabgeordneten der Grünen, Monika Lazar und Ute Koczy, zuständig für den Wahlkreis der Weserstadt, werden als „grüne Schiene“ gegen das Collegium Humanum in Berlin einen Antrag auf Schließung dieser rechtsextre-

men Vereinigung stellen. Der erfolgreiche Weg zur Schließung könne einzig und allein über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und den Einzug des Vermögens erfolgen, war man sich sicher. „Es ist ungeheuerlich, dass in eine solche Einrichtung unsere Steuergelder fließen“, formulierte August-Wilhelm König die Meinung der Anwesenden.

Monika Lazar stellte für die Zukunft Möglichkeiten in Aussicht, dass sich das Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum um Gerhart Schöll und ähnliche Initiativen in anderen Bundesländern in ihren Erfahrungen austauschen. Hier wünscht man sich eine ebenso fruchtbare Vernetzung gegen das rechte Spektrum wie im gemeinsamen Vorgehen von Kommunen, Land und Bund. Als Landesvorsitzender der

Grünen NRW wird Arndt Klocke seine Möglichkeiten gegen Rechts auf der NRW-Ebene ausschöpfen. Dass der Rechtsextremismus auch in Nachbarstädten ein Thema ist, berichtete Ute Koczy aus Minden.

Dort hatte zu Weihnachten des vorigen Jahres eine Demonstration der rechten Szene stattgefunden (VA berichtete), begleitet von einer Gegendemonstration, zu der vorwiegend Jugendliche aus der gesamten Region in die benachbarte Domstadt kamen.

Eine Demonstration gegen Rechts kündigte August-Wilhelm König für den 30. Juni in Herford an.

Am 18. Juni wird sich das Bündnis gegen das Collegium Humanum zur nächsten Zusammenkunft um 17 Uhr in der Stätte der Begegnung an der Oeynhausener Straße treffen.

Vlotho, VT, 31.05.2007

● Widerstand gegen das »Collegium Humanum« ●



Informierten über Strategien gegen Rechtsextremismus | Arndt Klocke, Ute Koczy, Monika Lazar und Gastgeber  
in Bund, Land und Kommune (v. li.) Gerhart Schöll, August-Wilhelm König. Foto: Joachim Burek

# Grünen-Antrag soll Protest gegen Collegium begleiten

## Vereinsverbot: Vorstoß im Bundestag geplant

Von Joachim Burek

Vlotho (VZ). Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen plant, einen Antrag zum Verbot des »Collegium Humanum« im Bundestag auf den Weg zu bringen. »Wir werden einen solchen Antrag in der Fraktion vorschlagen, um den Protest der Bürger vor Ort gegen das »Collegium Humanum« begleitend zu unterstützen«, erklärten die Grünen Bundestagsabgeordneten Ute Koczy und Monika Lazar.

Anlass war eine Veranstaltung, zu der die Grüne Liste Vlotho am Dienstagabend in den Rittersaal der Burg eingeladen hatte. Monika Lazar, Ute Koczy und Grünen-Landeschef Arndt Klocke machten im Rahmen ihrer Info-Tour über »Strategien gegen Rechtsextremismus in Bund, Land und Kommu-

ne« Station in der Weserstadt.

Dabei nahm das Vorgehen gegen das rechtsextreme »Collegium Humanum« einen breiten Raum der Diskussion ein. Aus diesem Anlass saß neben Gastgeber August-Wilhelm König auch Gerhart Schöll vom »Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum« mit am Podium. Die besondere Brisanz des Abends machte auch die Anwesenheit zweier Polizeibeamter und der Hinweis Königs deutlich, dass bei eventuellen Störungen durch rechtsradikale oder fremdenfeindliche Parolen vom Hausrecht Gebrauch gemacht werde. Die Sorge blieb dann aber unbegründet. Der Abend verlief friedlich.

In ihrem Eingangsreferat betonte die aus Sachsen stammende Bundestagsabgeordnete Monika Lazar, dass Rechtsextremismus mehr denn je nicht nur ein vermeintlich ostdeutsches, sondern

ein gesamtdeutsches Problem sei. Ihr Anliegen war es, darzulegen, dass das Vorgehen gegen Rechtsextremismus von der kommunalen Ebene über Länder- bis zur Bundesebene abgestimmt sein müsse. »Es darf kein Denken in Zuständigkeiten geben, sondern es muss in Verantwortlichkeiten gehandelt werden«, sagte sie. Das fange bei dem Erhalt der Bundes- und Landesprogramme gegen Rechtsextremismus an, gehe über mobile Beratung sowie Opferberatung und höre bei den Kommunen

## Wehrhafte Demokratie

auf. Dort dürfe keinesfalls an Jugend- und Sozialarbeit gespart werden. »Sonst legen wir dort schon den Nährboden für den Rechtsextremismus«, sagte sie.

Ute Koczy und Arndt Klocke brachten als nordrhein-westfälische Politiker ihre Sorge zum Ausdruck, dass NRW derzeit Aufmarschgebiet der Rechtsradikalen sei. »Es vergeht kein Wochenende, wo die Rechten nicht an irgendeinem Ort in diesem Land demonstrieren. Demos zuletzt in Bielefeld, Gütersloh und Minden bestätigen das«, sagte Klocke. »Aus diesem Grund schon müssen wir uns mit einem entsprechenden Antrag in Berlin positionieren und uns als wehrhafte Demokratie erweisen«, ergänzte Ute Koczy.

Gerhart Schöll und auch Bürgermeister Bernd Stute berichteten dann abschließend über die Arbeit des Vlothoer Bündnisses, von Demonstrationen und Podiumsdiskussionen. »Als Stadt interessiert uns die Frage, wie wir die rechtsextremen Vereine am CH wegbekommen. Dafür brauchen wir die Unterstützung von Bund und Land«, sagte Bürgermeister Bernd Stute.



Die Vlothoer haben bereits bei mehreren Demonstrationen ihre Geschlossenheit im Protest gegen das »Collegium Humanum« gezeigt.

Vlotho, VT, 31.05.2007

---

## ■ KOMMENTAR

# Geschlossen handeln!

Kameradschaftstreffen auf dem Winterberg, unsägliche Flugblätter in Vlothos Briefkästen, der Name der Stadt immer dann in den Schlagzeilen, wenn die Rechten wieder mobil machen: Dies soll ein Ende haben. Da ist sich das »Bündnis gegen das Collegium Humanum« einig. Doch die Bemühungen um ein Verbot des »CH« scheinen häufig an politischen Abwägungen zu scheitern oder im schwerfälligen Apparat deutscher Bürokratie zu versanden. Zuständigkeiten werden zwischen Bund und Land hin und her geschoben. Die Antworten auf die jüngsten Anfragen engagierter Politiker in den Parlamenten bestätigen das.

»Nicht in Zuständigkeiten, sondern in Verantwortlichkeiten denken«, muss die Maxime lauten. Grünen-Bundestagsabgeordnete Monika Lazar hat es in Vlotho auf den Punkt gebracht. Sie und Ute Koczy versprachen, in Berlin einen Antrag ihrer

Fraktion für ein Verbot des »Collegium Humanum« anzustoßen. Ein Vorschlag mit Signalwirkung.

Doch bereits gestern kommt ein anderes Signal aus Berlin. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hält auf Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Wolfgang Aßbrock ein Verbot derzeit nicht für ratsam. Er befürchtet eine unangemessene Aufwertung der in seinen Augen eher unbedeutenden Vlothoer Gruppe innerhalb der rechten Szene.

Gehau in dieser unterschiedlichen Einschätzung liegt »der Hase im Pfeffer«. Eine wehrhafte Demokratie braucht Geschlossenheit aller Demokraten auf allen Ebenen. Sie müssen bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Umtrieben entschlossen sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die das Gesetz bietet. Nur wo ein gemeinsamer Wille ist, ist auch ein Weg.

Joachim Burek